

VERGABEUNTERLAGEN

2025004686

Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum
Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg Hochbauamt

Marientorgraben 11, 90402 Nürnberg, Deutschland

26.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	5
Bewerbungsbedingungen VgV	5
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung.....	7
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren.....	8
Datenschutzhinweis Bieterkartei	10
Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG)	12
Bewerber Bietergemeinschaft	13
Verpflichtungserklärung Eignungsleihe	14
Verpflichtungserklärung Unteraufträge.....	15
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung.pdf	16
Produkte/Leistungen	18
Eignungskriterien.....	21
Leistungskriterien	27
Anlagen	28

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Projektinformationen	
Projektnummer:	2025004686
Projektname:	Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum Betreuungshaus, Schadstoffkoordination
Gewerk:	Dienstleistung Schadstoffkoordination
Projektbeschreibung:	Sanierung und Umbau eines bestehenden Hortgebäudes sowie Neuerrichtung eines Anbaus, zusammengefasst zu einem Betreuungshaus. Das Bestandsgebäude muss vor Beginn der Sanierungs- und Umbauarbeiten von Schadstoffen befreit werden. Hierzu sind SSK-Leistungen für Planung und Ausführung notwendig. Nachweise der Sachkunde nach DGUV-Regel 101-004 bzw. Fachkunde nach TRGS 524 sowie TRGS 519 sind erforderlich. Ebenso Vorlage von Zusammenfassungen zweier Referenzprojekte mit vergleichb. Maßnahmen, max. je 2 Seiten DIN A4. Die Projektleitung des Auftragnehmers muss gewährleisten, bei Bedarf innerhalb von 24h vor Ort persönlich auf der Baustelle zu erscheinen. Eine stufenweise Beauftragung bleibt vorbehalten. BGF Bestandsgebäude: ca. 611 m2, Baubeginn 2029, Baufertigstellung 2030.
CPV-Code	Code Bezeichnung
	71240000-2 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
	71320000-7 Planungsleistungen im Bauwesen
	90740000-6 Schadstoffrückverfolgung und -überwachung und Sanierung
Vergabeart:	Offenes Verfahren (EU) gemäß VgV
Termine	
Bekanntmachung am:	26.05.2026
Einreichungsfrist Teilnahmeantrag:	bis einschließlich um Uhr
Angebotsfrist:	bis einschließlich 26.06.2026 um 23:59:00 Uhr
Eröffnungstermin:	am ab Uhr
Bindefrist:	bis einschließlich 27.07.2026
geplante Ausführungsdauer:	vom 01.08.2026 bis einschließlich 31.03.2029
Anmerkungen zur Ausführungsdauer:	Es handelt sich um grobe Zeitangaben. Ein genauer Zeitplan kann erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden.

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens 19.06.2026 23:59 Uhr eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung

Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

5. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

6. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein

Art der Losauswahl:

7. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. AGB) beigelegt, muss das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 53 Abs. 7 Satz 1 und § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen werden.

8. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOL/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

9. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

10. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wesentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

11. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe
Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis
Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter
Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

d) Gemäß DSGVO ist der Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung notwendig, wenn die Auftraggeberin einen Auftrag zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt und/oder im Zuge eines Pflege-/Wartungsvertrages eine Fernwartung vereinbart wird. Ergibt sich die Notwendigkeit einer Auftragsvereinbarung erst während der Vertragslaufzeit, wird eine Vereinbarung auf Basis eines Vertragsmusters der Auftraggeberin geschlossen.

12. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse *service-bieter@deutsche-evergabe.de*. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

13. Kalkulation

Bei Leistungen des Gebäudereinigerhandwerks sind von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222 und 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

14. Nachprüfungsbehörde

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

15. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen widersprechen, kommen. Auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand, zur Angebotsbindefrist oder ein Eigentumsvorbehalt stellen eine Änderung der Ausschreibungsunterlagen dar, die zwingend zum Ausschluss von der Angebotswertung führt.

Des Weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der

Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bieter/Bewerber die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

1.3.3 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Soweit ihre Wertung in den Informationen zum Verfahren nicht ausdrücklich vorgesehen ist, werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.4 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.

Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Preise des Angebots müssen grundsätzlich auch die Kosten aller zur Leistung erforderlichen Stoffe, Hilfsstoffe und Lohnnebenkosten sowie alle Nebenleistungen enthalten.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertiger Art“ und wird vom Bieter/Bewerber dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter/Bewerber das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Fehlt diese Angabe, ist das Angebot unvollständig.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

1.3.5 Wird in der Ausschreibung auf Normen, technische Spezifikationen, europäische technische Zulassungen Bezug genommen, wird das Angebot auch gewertet, sofern der Bieter/Bewerber in seinem Angebot mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die von ihm angebotene Lösung den Anforderungen der technischen Spezifikation, auf die Bezug genommen wurde, gleichermaßen entspricht.

1.3.6 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.4. Datenschutz

- 1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.
- 1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.
- 1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Nebenangebote

- 1.5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.
- 1.5.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens
- die funktionalen Anforderungen und
 - die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.
- Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.
- 1.5.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter/Bewerber eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 1.5.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 1.5.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.5.1 bis 1.5.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.6 Bietergemeinschaften

- 1.6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 1.6.2 Beim Nichtoffenen Verfahren und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

1.7 Benachrichtigung

Nichtberücksichtigte Bieter/Bewerber erhalten eine Benachrichtigung nach § 134 GWB. Eine Unterrichtung der Bieter erfolgt zudem gem. § 62 VgV.

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und Aufmaß oder sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als X-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als X-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg Hochbauamt
H/ZA-QMV
Elvira Kauper
Leitweg-ID: 09564000-640B112-90
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:
Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG)

Mit Abgabe des Angebots bestätige ich/bestätigen wir, dass im Fall der Auftragserteilung die Entlohnung der an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer nicht unterhalb der in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohnsätze erfolgen wird, sowie die Beachtung und Einhaltung der weiteren Vorschriften nach den Bestimmungen des AEntG bzw. des MiLoG. Bei einem Einsatz von Nachunternehmern verpflichte(n) ich/wir diese entsprechend.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir die Entlohnung von mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmern eingesetzten Arbeitnehmern nach den in Bayern geltenden Lohnsätzen nachweisen und hierzu im erforderlichen Umfang Einsicht in meine/unsere Firmenunterlagen gewähren.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir prüffähige Unterlagen für die an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer insbesondere mit folgenden Angaben vorlegen: Anzahl der im fraglichen Zeitraum an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer, Namensliste der tätigen Mitarbeiter, Summe der geleisteten und vergüteten Arbeitsstunden, Summe der Bruttolöhne, Abrechnungsmonat/-jahr, Urlaubslisten.

Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer mit der Vorlage der vorgenannten Unterlagen und Überprüfung der tarifgerechten Entlohnung sowie der weiteren Vorschriften gemäß den Bestimmungen des AEntG werde(n) ich/wir einholen. Einen Einsatz von Nachunternehmern mache(n) ich/wir auch davon abhängig, dass diese entsprechend verfahren und sich verpflichten, dies in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Mir/Uns ist bekannt, dass ein Verstoß gegen diese vertragliche Vereinbarung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Aufträgen zur Folge haben kann (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UVgO bzw. § 124 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 AEntG bzw. § 19 MiLoG)) und dass eine sofortige Kündigung bestehender Aufträge seitens der Auftraggeberin erfolgen kann.



Erklärung Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft

Projektnummer	Projektname

Wir erklären hiermit, dass wir im Fall einer Auftragserteilung für o.g. Projekt

- ☐ eine Arbeitsgemeinschaft
- ☐ ein/e _____ (alternativ: vergleichbarer Zusammenschluss)

bilden werden. Diese Gemeinschaft wird aus folgenden Mitgliedern bestehen:

	Name/Büro	Anschrift
1		
2		
3		
4		

Der/Die für die Durchführung des Auftrags bevollmächtigte Vertreter/-in ist

Name, Anschrift

Der/Die bevollmächtigte Vertreter/-in vertritt die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.

Wir erklären hiermit, dass bei allen Mitgliedern

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.
- alternativ:
- ☐ Von jedem Mitglied wird separat eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.

Die Eigenerklärung bzgl. der Russland EU-Sanktionen ist von jedem Mitglied getrennt beizulegen.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 1

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 2

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 3

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 4



Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

Projektnummer	Projektname

Bewerber bzw. Bieter

Bei EU-Ausschreibungen sind die Unternehmen zu benennen, deren Fähigkeiten sich der Bieter im Auftragsfall bedienen wird, und die Nachweise vorzulegen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zu Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen.

Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens (des Eignungsverleihenden)

Verpflichtungserklärung der Leistungen anderer Unternehmen

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten / Kapazitäten unseres Unternehmens für den / die folgenden Leistungsbereiche zur Verfügung zu stehen:

Eignungskriterium / Teilleistung	Beschreibung der Eignungsleihe

Der Eignungsverleihende erklärt hiermit, dass

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.

alternativ:

- ☐ Es wird eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.

Weitere Eignungsnachweise, je nach Art der Eignungsleihe, sind beizulegen.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift Eignungsverleihende(r)



Verpflichtungserklärung Vergabe von Unteraufträgen

Projektnummer	Projektname

Bewerber bzw. Bieter

Bei EU-Ausschreibungen sind die Unternehmen zu benennen, deren Fähigkeiten sich der Bieter im Auftragsfall bedienen wird und die Nachweise vorzulegen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zu Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen.

Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens (des Unterauftragnehmers)

Verpflichtungserklärung der Leistungen anderer Unternehmen

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den erforderlichen Mitteln unseres Unternehmens für den / die folgenden Leistungsbereiche zur Verfügung zu stehen:

Teilleistung(en)	Beschreibung der Teilleistung(en)

Der/Die Unterauftragnehmer/-in erklärt hiermit, dass

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.
alternativ:
 - ☐ Es wird eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.
- ☐ er / sie nicht in die Hauptkalkulation eingebunden ist und die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs sichergestellt sind.

Die Referenzen mit den genannten Mindestanforderungen sind beizulegen.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift Unterauftragnehmer/-in

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

26.05.2026

Verfahren: 2025004686 - Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Honorarermittlung (Ingenieurleistungen der Schadstoffkoordination)	EUR
----------	---	------------------

Hinweis zum Honorarangebot

Um maximale Vergleichbarkeit der Angebote herstellen zu können, sind folgende Anlagen für das Honorarangebot zwingend zu verwenden (keinesfalls dürfen eigene Geschäftsbedingungen beigelegt werden, bitte verwenden Sie auch keine firmeneigenen Briefbögen o.ä.):

- Abfrage Honorarangebot (Anlage_15_Honorarblatt_Hint_Ins_Sch7_SSK_leer_gesch_2026-05-13)
- Mustervertrag inkl. Anlagen

Die ausfüllbare Excel-Tabelle finden Sie unter "Anlagen". Diese ist für die Erstellung des Honorarangebotes zu verwenden. Vom Bieter dürfen nur die gelb markierten Felder ausgefüllt werden - alle weiteren Summen werden automatisch berechnet. Die Berechnungen sind rechnerisch zu kontrollieren. Das Honorarangebot ist zwingend vom Bieter als datiertes und unterzeichnetes PDF-Dokument im Workflow der e-Vergabe hochzuladen.

Es wird wie folgt gewichtet:
100% Preis

1.1	Honorarangebot, Zwischensumme inkl. NK, inkl. Nachlass	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	--- pro 1,00 ---

Hier ist die "Zwischensumme inkl. NK, inkl. Nachlass" (netto) aus der

Excel-Tabelle einzutragen.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass
(netto)

Nachlass
(netto)

Summe inkl. Nachlass
(netto)

Umsatzsteuer

**Summe
(brutto)**

LEISTUNGSVERZEICHNIS

26.05.2026

Ausschreibung

Verfahren: 2025004686 - Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum
Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Ausschreibung

Verfahren: 2025004686 - Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Auswahlschritt I: Ausschlusskriterien und Formale Angaben

Gewichtung: 0,00%

1.1 Ausschlusskriterien nach § 42 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.1.1 Zwingende Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1-4 GWB [Mussangabe]

Liegen gemäß § 42 Abs. 1 VgV zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2 Fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB [Mussangabe]

Liegen gemäß § 42 Abs. 1 VgV fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3 Selbstreinigung nach § 125 GWB [Mussangabe]

Berufen Sie sich auf § 125 GWB, weil ein Ausschlussgrund i.S.v. § 123 und / oder § 124 GWB vorliegt?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.4 Angaben zur Selbstreinigung

Machen Sie Angaben zur Selbstreinigung i.S.v. § 125 GWB und laden Sie entsprechende Nachweise auf die Plattform.

Sofern Sie sich nicht auf § 125 GWB berufen, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.

Anlagennr.:

1.1.5 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.2 Rechtsform von Unternehmen und Bietergemeinschaften nach § 43 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.2.1 Allgemeine Angaben des Bewerbers

Gewichtung: 0,00%

1.2.1.1 Rechtsform, Angaben zu Inhabern / Partnern [Mussangabe]

Machen Sie Angaben zu Geschäftssitz, Rechtsform und Büroprofil des Bewerbers.

Reichen Sie eine Vertretungsbefugnis bei juristischen / natürlichen Personen ein (z.B. Handelsregistrauszug bei Vorliegen einer GmbH oder Eigenerklärung / Vollmacht bei Vorliegen einer Gbr).

Anlagennr.:

1.2.1.2 Abfrage KMU [Mussangabe]

Geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Großunternehmen (0)
☐ Mittleres Unternehmen (0)
☐ Kleines Unternehmen (0)
☐ Kleinstunternehmen (0)

1.2.1.3 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.2.2 Wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen / Zusammenarbeit

Gewichtung: 0,00%

1.2.2.1 Wirt. Verknüpfungen / Zusammenarbeit [Mussangabe]

Gibt es Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und / oder wird auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammen gearbeitet?

Bemerkung: Die Angabe bezüglich einer Bewerbergemeinschaft / Eignungsleihe / Vergabe von Unteraufträgen erfolgt an separater Stelle. Diese Abfrage dient der Überprüfung von etwaiger unzulässiger Mehrfachbewerbungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2.2 Erläuterung zu Verknüpfungen / Zusammenarbeit

Welche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen liegen vor und / oder auf welche Art wird mit anderen zusammengearbeitet?

Benennen Sie die Unternehmen und erläutern Sie die Art der Verknüpfung / Zusammenarbeit.

Sofern keine Verknüpfungen und / oder Zusammenarbeit bestehen, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.

Anlagennr.:

1.2.2.3 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragungen Vergabestelle

1.2.3 Bewerbergemeinschaft nach § 43 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.2.3.1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

§43 Abs. 2 VgV:
Ist eine Bewerbergemeinschaft vorgesehen?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.3.2 Erläuterung zur Bewerbergemeinschaft

Machen Sie Angaben zu den Teilnehmern der Bewerbergemeinschaft und deren bevollmächtigten Vertretern.

Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,
 - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften
 - dass bei allen Mitgliedern keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und §124 GWB vorliegen. (alternativ: Von jedem Mitglied wird separat eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB als Anlage beigelegt.)

Ein Formblatt hierfür ist in den Unterlagen enthalten.

Die Eigenerklärung bzgl. der Russland EU-Sanktionen ist von jedem Mitglied getrennt beizulegen.

Sofern Sie sich nicht als Bewerbergemeinschaft bewerben, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.

Anlagennr.:

1.2.3.3 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.3 Eignungsleihe nach § 47 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.3.1 Eignungsleihe nach § 47 VgV [Mussangabe]

Werden für den Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen?

Bemerkung:

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer

Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Für den Fall der Eignungsleihe schreibt der öffentliche Auftraggeber hiermit vor, dass der Bewerber oder Bieter ein Unternehmen, dessen Kapazitäten er im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen will und das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, ersetzen muss. Er schreibt weiter vor, dass der Bewerber oder Bieter auch ein Unternehmen, bei dem fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, ersetzen muss.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.3.2 Anlage zur Eignungsleihe

Machen Sie nähere Angaben zur Eignungsleihe. Legen Sie die Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise zur Eignungsleihe nach § 47 VgV als Anlage bei.

Hinsichtlich Eignungsnachweis des Eignungsverleihenden ist eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123-124, ggf. Selbstreinigung (siehe Punkte 1.1.1 bis 1.1.4) beizubringen. Ebenso sind weitere Eignungsnachweise, je nach Art der Eignungsleihe, beizulegen.

Ein Formblatt für die Verpflichtungserklärung ist den Unterlagen enthalten.

Sofern Sie keine Eignungsleihe in Anspruch nehmen, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.

Anlagennr.:

1.3.3 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.4 Unteraufträge nach § 36 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.4.1 Vergabe von Unteraufträgen [Mussangabe]

Wird beabsichtigt, dass Teile des Auftrags als Unteraufträge vergeben werden?

Bemerkung:

Wenn ein Bewerber die Vergabe eines Teils des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe beabsichtigt und sich zugleich im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit gemäß den §§ 45 und 46 auf die Kapazitäten dieses Dritten beruft, ist auch § 47 Eignungsleihe anzuwenden.

Die Auftraggeberin überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der öffentliche Auftraggeber die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der öffentliche Auftraggeber verlangen, dass dieser ersetzt wird.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.4.2 Anlage zur Vergabe von Unteraufträgen

Geben Sie die Teile des Auftrags an, die Sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen und benennen Sie das oder die vorgesehene(n) Unternehmen. Mittels Verpflichtungserklärung ist nachzuweisen, dass Ihnen die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers / dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich Eignungsnachweis des Dritten ist eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123-124, ggf. Selbstreinigung (siehe Punkte 1.1.1 bis 1.1.4) beizubringen.

Es ist eine Erklärung abzugeben, dass der Unterauftragnehmer kalkulatorisch nicht in die Hauptkalkulation eingebunden ist und die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs sichergestellt sind.

Ein Formblatt für die Verpflichtungserklärung ist in den Unterlagen enthalten.

Ebenso sind zwei Referenzen, welche die Mindestanforderungen analog „Auswahlschritt II: Qualitative Bewertung (Teil 2)“ erfüllen, beizulegen. Ggf. genannte Mindestanforderungen erbrachter und abgeschlossener Leistungsphasen können dabei vernachlässigt werden, diese sind je nach Leistungsteile der Unterauftragsvergabe nachzuweisen. Sind die übrigen Mindestanforderungen nicht erfüllt, verlangt die Auftraggeberin die Ersetzung des Unterauftragnehmers.

Sofern Sie nicht beabsichtigen Unteraufträge zu vergeben, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.

Anlagennr.:

1.4.3 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.5 Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung nach § 75 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.5.1 Befähigung / Erlaubnis Berufsausübung (Schadstoff) [Mussangabe]

§ 75 VgV:

Legen Sie einen Nachweis über die Sachkunde nach DGUV-Regel 101-004 bzw. Fachkunde nach TRGS 524 sowie einen Nachweis über die Sachkunde nach TRGS 519 bei.

Können die Nachweise nicht erbracht werden, erfolgt ein Ausschluss.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist ein entsprechender Nachweis für jedes Mitglied der Gemeinschaft beizulegen.

Anlagennr.:

1.5.2 Bemerkung Berufszulassung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.6 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.6.1 Berufshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV und § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV:

Der Bewerber muss aufzeigen, dass er im Auftragsfall über eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 500.000 EUR für Personenschäden sowie 500.000 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden), entsprechend AVBs (siehe Vertragsanlage) verfügt oder bereit ist diese abzuschließen.

Der Bewerber muss im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragsdauer und bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist unterhalten. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz mindestens in Höhe der genannten Deckungssummen besteht und dieser Betrag in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung steht.

Legen Sie dazu eine Erklärung eines Versicherungsunternehmens bei, aus dem hervorgeht, dass

- a) es entweder im Auftragsfall bereit ist mit dem Bewerber eine solche Versicherung abzuschließen
- oder
- b) der Bewerber eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen hat.

Bei Bewerbergemeinschaften oder vergleichbaren Zusammenschlüssen mehrerer Bewerber:

Variante 1: Der o.g. Nachweis wird für die gesamte Gemeinschaft ausgestellt, alle Mitglieder sind darin benannt.

Variante 2: Von jedem Mitglied einer möglichen Gemeinschaft wird separat ein entsprechender Nachweis in voller Höhe beigelegt.

Werden die geforderten Versicherungsnachweise nicht vorgelegt, führt dies zum Ausschluss.

Anlagennr.:

1.6.2 Gesamtumsatz

§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV:

Geben Sie Ihren Netto-Gesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre an. Die Angabe erfolgt in Euro.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Aufstellung für jedes Mitglied der Gemeinschaft zu erbringen. Dabei ist jeweils kenntlich zu machen, um welches Mitglied es sich handelt.

Bemerkung: Die Höhe des Umsatzes wird nicht bepunktet. Bei berechtigten Zweifeln an der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kann dies jedoch zum Ausschluss führen.

1.6.3 Umsatz 2022 [Mussangabe]

Geben Sie den Netto-Gesamtumsatz 2022 an.

1.6.4 Umsatz 2023 [Mussangabe]

Geben Sie den Netto-Gesamtumsatz 2023 an.

1.6.5 Umsatz 2024 [Mussangabe]

Geben Sie den Netto-Gesamtumsatz 2024 an.

1.6.6 Bemerkung (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.7 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit nach § 46 VgV

Gewichtung: 0,00%

1.7.1 Angaben zu Mitarbeitenden

§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV:

Geben Sie das jährliche Mittel der Zahl der Führungskräfte, der Beschäftigten und davon die Anzahl der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung (Architekt/-in, Ingenieur/-in, o. Ä.) der letzten 3 Geschäftsjahre an.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Aufstellung für jedes Mitglied der Gemeinschaft zu erbringen. Dabei ist jeweils kenntlich zu machen, um welches Mitglied es sich handelt.

Bemerkung: Die Zahl der Führungskräfte, Beschäftigten und Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung werden nicht bepunktet. Bei berechtigten Zweifeln an der personellen Leistungsfähigkeit kann dies jedoch zum Ausschluss führen.

1.7.2 Führungskräfte 2022 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Führungskräfte für das Geschäftsjahr 2022 an.

1.7.3 Führungskräfte 2023 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Führungskräfte für das Geschäftsjahr 2023 an.

1.7.4 Führungskräfte 2024 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Führungskräfte für das Geschäftsjahr 2024 an.

1.7.5 Beschäftigte 2022 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung) für das Geschäftsjahr 2022 an.

1.7.6 Beschäftigte 2023 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung) für das Geschäftsjahr 2023 an.

1.7.7 Beschäftigte 2024 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung) für das Geschäftsjahr 2024 an.

1.7.8 Mitarbeitende mit geforderter Berufszulassung 2022 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung an, die in der Zahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte) für das Geschäftsjahr 2022 enthalten sind.

1.7.9 Mitarbeitende mit geforderter Berufszulassung 2023 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung an, die in der Zahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte) für das Geschäftsjahr 2023 enthalten sind.

1.7.10 Mitarbeitende mit geforderter Berufszulassung 2022 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Mitarbeitenden mit der geforderten Berufszulassung an, die in der Zahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte) für das Geschäftsjahr 2022 enthalten sind.

1.7.11 Bemerkung Leistungsfähigkeit (Vergabestelle)

Eintragung Vergabestelle

1.8 Vertraulichkeit Unterlagen [Mussangabe]

Wir verpflichten uns alle im Rahmen dieses Verfahrens erhaltene Unterlagen strikt vertraulich zu behandeln und nicht ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin an Dritte weiterzugeben, zu verwerten oder zu verwenden. Dies gilt auch für Mitarbeitende, welche von den erhaltenen Informationen Kenntnis erhalten haben.

Wird dies nicht bestätigt, erfolgt ein Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.9 Erreichbarkeit Baustelle [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Projektleitung muss gewährleisten, bei Bedarf innerhalb von 24h vor Ort persönlich auf der Baustelle zu erscheinen. Kann dies nicht gewährleistet werden, so muss der Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.10 Referenzen

Gewichtung: 0,00%

1.10.1 Erläuterung zur Referenz nach §46 VgV [Mussangabe]

Geben Sie zwei Referenzprojekte einer vergleichbaren Maßnahme an, die Sie bereits durchgeführt haben. Erstellen Sie pro Referenzobjekt eine aussagekräftige Zusammenfassung auf maximal zwei DIN A4 Seiten. Inhalte ab Seite 3 werden nicht berücksichtigt. Des weiteren behalten wir uns vor, fehlende Angaben nicht nachzufordern.

In diesen Referenzbeschreibungen ist die erbrachte Leistung bezüglich aller nachfolgend genannten Anforderungen darzustellen. Bitte achten Sie darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige Erläuterungen, Fotos etc.

Anforderungen an die Referenz:

- Bezeichnung der Maßnahme mit kurzer Beschreibung zur Art und zum Umfang der Baumaßnahme
- Kurze Benennung ausgeführter und für dieses Projekt relevanter besonderer Leistungen
- Ausführungszeitraum
- Erbrachter und abgeschlossener Leistungsumfang
- Gebäudegröße (BRI, BGF)
- vorhandene bzw. bearbeitete Schadstoffe, insbesondere Asbest, KMF, Schwermetalle, PCB
- Angaben zum Auftraggeber

Sind die geforderten Informationen nicht beinhaltet, wird die Referenz nicht anerkannt und der Bieter wird ausgeschlossen.

Anlagennr.:

Ausschreibung

Verfahren: 2025004686 - Hintere Insel Schütt 7, Sanierung und Erweiterung zum Betreuungshaus, Schadstoffkoordination

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmerersatz VgV

Gewichtung: 0,00%

1.1 Nachunternehmerersatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Nachunternehmerliste VgV [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Leistungen werden an Nachunternehmer übertragen.
Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n).
Bitte geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an.
Im Falle eines Nachunternehmerersatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

1.3 Verpflichtungserklärung VgV [Mussangabe]

Auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/wir
a) die Unternehmen benennen, deren Fähigkeiten ich mich/wir uns im Auftragsfall bedienen werde(n), und
b) die Verpflichtungserklärung(en) dazu vorlegen, dass mir/uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen mir/uns und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Information zur Veröffentlichung

Wie sind Sie auf diese Ausschreibung / Teilnahmewettbewerb aufmerksam geworden.
(nur informativ)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Bayerischer Staatsanzeiger (0)
- ☐ Amtsblatt der Stadt Nürnberg (0)
- ☐ Healy Hudson Deutsche E-Vergabe (0)
- ☐ sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Anlage_00_12_260522_HIS 7_2024_San+Erweit BetrHaus_SSK_HA_MV.pdf	243,72 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_01_AVB_Arch-Ing.pdf	350,54 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_02_Verpflichtungserklärung.pdf	197,48 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_4a_2025-10-21_Grob-Rahmenterminplan.pdf	133,31 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_07_Lageplan_Var2.pdf	735,28 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_7b_Luftbild quer 1-1000.pdf	1,89 MB	pdf
Dateianlage	Anlage_9_Muster_Projektdokumentation - Stand 210903.pdf	373,31 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_10_Bautagebuch_VHB Bayern.pdf	206,23 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_11_Datenschutzhinweis.pdf	471,50 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_12_M-u-L-beschreibung_SSK_2026-05-13.pdf	2,55 MB	pdf
Dateianlage	Anlage_13_eRechnung - Rechnungsprüfung.pdf	180,51 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_14_eRechnung - Rechnungsstellung.pdf	137,18 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_15_Honorarblatt_Hint_Ins_Sch7_SSK_leer_gesch_2026-05-13.pdf	448,80 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_15_Honorarblatt_Hint_Ins_Sch7_SSK_leer_gesch_2026-05-13.xlsx	18,10 KB	xlsx
Dateianlage	Anlage_16_ErklärungBietergemeinschaften.pdf	286,69 KB	pdf
Dateianlage	Anlage_17a_Schadstoffuntersuchung_2025-02-21_o_GR.pdf	43,66 MB	pdf
Dateianlage	Anlage_17b_Schadstoffuntersuchung_2025-04-30_o_GR.pdf	8,24 MB	pdf
Dateianlage	Anlage_20_Leitlinie_zum_Vereinfachen_beim_Bauen_und_Sanieren.pdf	1,82 MB	pdf